

Aufruf zur Demonstration am 31. März 2023 | 15 Uhr

Berlin-Brandenburger Initiativen fordern ein Bleiberecht für Roma* aus Moldau!

Für den 31. März 2023 rufen wir, ein Zusammenschluss von Organisationen aus Aktivismus und Zivilgesellschaft, gemeinsam mit schutzsuchenden Menschen zur Demonstration für ein Bleiberecht für Roma* aus Moldau auf!

Die Protestveranstaltung beginnt 15 Uhr mit einer Kundgebung vor der Senatsverwaltung für Inneres in der Klosterstraße 47 Berlin Mitte und wird im Anschluss zum Roten Rathaus weiterziehen.

Berlin ist seit mehreren Jahren Anlaufpunkt für geflüchtete Menschen aus Moldau, ein Großteil von ihnen sind Roma*. Am 31.03. endet der Berliner Winterabschiebestopp, unmittelbare Massenabschiebungen sind zu befürchten. Die noch amtierende Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hatte bereits Ende November letzten Jahres angekündigt, 600 Moldauer*innen abzuschicken, aktuell sind behördlicherseits über 3.000 Moldauer*innen „ausreisepflichtig“.

Das nehmen wir nicht hin! Gemeinsam mit Organisationen deutscher sowie in Deutschland lebender Roma* und Sinti* fordern wir ein Bleiberecht für Roma* aus Moldau!

Auch weil die stark Wirtschafts- und Profitinteressen verpflichtete Migrationspolitik in Berlin und in Deutschland nicht müde wird, intensiv um ausländische Fachkräfte zu werben, zugleich Menschen in Berlin daran hindert, aktive Teilhabende an der Gesellschaft zu werden und ihr Potential zu entfalten – und diese stattdessen ausgrenzt und abschiebt.

Eine Abschiebung nach Moldau bedeutet für Roma* eine Rückkehr in existenzgefährdende Lebensumstände. Der massive Antiziganismus in der Region versperrt ihnen systematisch die Zugänge zu Arbeit, Bildung und Wohnraum. Eine grundlegende Gesundheitsversorgung wird ihnen in den meisten Fällen verweigert, zum Teil mit lebensbedrohlichen Konsequenzen. Im Zuge der Pandemie und des Ukraine-Krieges hat sich die Situation für Roma* in Moldau nochmals drastisch verschlimmert.

Asylsuchende Roma* aus Moldau werden zumeist dem Land Berlin zugewiesen, wo sich die in ihrem Herkunftsland erfahrene Diskriminierung in Gesellschaft, Medien und nicht zuletzt auf Ämtern sowie im Gesundheitswesen fortsetzt.

Mit über 600 Abschiebungen 2020 und 270 im ersten Halbjahr 2021 stand die Republik Moldau als Zielstaat von Abschiebungen aus Deutschland auf Platz 5 – in Berlin ist Moldau Rückführungsziel Nummer 1 aller Abschiebungen! Diese fanden auch während der Pandemie ungehindert statt.

Die Behörden handeln hierbei rigoros und mitunter gesetzwidrig: Familientrennungen, Abschiebungen von Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten sind keine Seltenheit!

Im Asylschnellverfahren werden Schutzsuchende aus Moldau zum Großteil als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, meist in Form standardisierter Textbausteine. Klagen gegen die Ablehnung scheitern in kürzester Zeit. Dabei zeigt die Praxis, dass diejenigen, denen der erforderliche Zeit- und Bearbeitungsaufwand gewährt wird, Belege für ihre Fluchtgründe und / oder gesundheitliche Situation einzuholen, nicht selten einen Schutzstatus erhalten.

Wir fordern die sofortige Etablierung einer adäquaten Beratungsstruktur und angemessene Verfahrenskonditionen im Land Berlin, angepasst an die Lebensrealitäten und Bedürfnisse asylsuchender Roma* aus Moldau!

Deutschland muss sich endlich seiner historischen Verantwortung stellen. Im Koalitionsvertrag des noch amtierenden Berliner Senats wurde genau dies festgehalten und angekündigt, dass sich Berlin für eine bundesweite humanitäre Bleiberechtsregelung für Roma* aus Drittstaaten einsetzt, die schon länger in Deutschland leben. Passiert ist - nichts. Auch für Roma*, die bereits langfristig in Deutschland leben, ist die Situation nach wie vor unsicher.

ANGESICHTS der jahrhundertelangen Verfolgung von Roma* und Sinti* in Europa;
der 500-jährigen Versklavung von Roma* auf dem Gebiet des heutigen Moldaus;
der systematischen Vernichtung von Roma* und Sinti* im Nationalsozialismus;
des manifestierten, bis heute nicht enden wollenden Antiziganismus fordern wir:
dass der zukünftige Berliner Senat sich umgehend seiner Rechenschaftspflicht bewusst wird und entsprechend handelt!

Ein humanitäres Bleiberecht für moldauische sowie für alle nach Deutschland flüchtenden Roma* ist überfällig!

Hören wir den schutzsuchenden Roma* aus Moldau zu. Sie ergreifen das Wort. Sagen deutlich, was sie wollen, was sie nicht wollen. Sie sind hier, sie kämpfen.
Für ein Bleiberecht!

Es unterzeichnen:

akm Rechtsanwält*innen

Aktive der Kampagne BLEIBERECHT FÜR ALLE statt Chancenfalle!

BARE Berlin – Bündnis gegen Antiziganismus und für Roma*-Empowerment

BBZ – Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen / KommMit e.V.

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Institut Social Justice und Radical Diversity

Jugendliche ohne Grenzen

KuB – Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Kulturschafft e.V.

Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus

Rroma-Informationen-Centrum e.V.

S27 – Kunst und Bildung / Verein zur Förderung der interkulturellen Jugendarbeit e.V.

Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.

Women in Exile e.V.